

## **Bericht**

### **des Ausschusses für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein**

über die Drucksache

**22/9985: Zehn Jahre Nachbarschaftsforen: Interkommunale Kooperation als Entwicklungsmotor der Metropolregion Hamburg (Große Anfrage SPD und GRÜNE)**

Vorsitz: **Lars Pochnicht**

Schriftführung: **Dennis Gladiator (i.V.)**

#### **I. Vorbemerkung**

Die Drucksache war dem Ausschuss am 13. Dezember 2022 auf Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN durch Beschluss der Bürgerschaft überwiesen worden. Der Ausschuss befasste sich abschließend mit der Drucksache in seiner Sitzung am 15. September 2023. Zeitgleich, am selben Ort und zu derselben Thematik, tagte der Ausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg.

#### **II. Beratungsinhalt**

Die Hamburger SPD-Abgeordneten erwähnten eingangs als Anlass der Großen Anfrage, dass von den Nachbarschaftsforen wenig bekannt geworden sei, und baten um einen Sachstandsbericht zu deren Arbeit und aktuellen Projekten.

Laut Auskunft der Senatsvertreter seien die Foren gebildet worden, weil durch die Erweiterung der Metropolregion die Planungsabstimmungen Hamburgs mit den Nachbarkommunen sehr umfangreich geworden seien. Nach den Nachbarschaftsforen „Niedersachsen-Hamburg“ und „Südholstein-Hamburg“ konstituierte sich nun das Forum „An Bille und Glinder Au“. Ziele seien aus Hamburger Sicht die Transparenz mit den Nachbargemeinden in allen Fragen der räumlichen Planung, Erfahrungsaustausch sowie frühzeitige Information und Verabredung gemeinsamer Projekte (siehe auch auf der Seite der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen: Nachbarschaftsforen - hamburg.de). Schwerpunkte lägen bei Themen des Verkehrs sowie der Siedlungs- und Freiraumentwicklung. Die Foren, deren Arbeit auf Kooperationsvereinbarungen basierten und in denen auch die Landesregierungen eine aktive Rolle spielten, tagten ein- bis zweimal jährlich. Darüber hinaus bereiteten Projektgruppen in kleinerer Runde Themen für das jeweilige Forum auf. Die Geschäftsführung des Nachbarschaftsforums „Südholstein-Hamburg“, an dem die Bezirke Altona und Eimsbüttel und die Nachbargemeinden beteiligt seien, liege beim Kreis Pinneberg, seinen Arbeitsschwerpunkt bilde derzeit die Beteiligung am Leitprojekt „Mobilitätsmanagement der Metropolregion Hamburg“. Für das Nachbarschaftsforum „An Bille und Glinder Au“, dessen Kooperationsvereinbarungen am 20. September 2023 unterschrieben würden, werde der Wohnungsmarkt ein großes Thema sein. Zur Verwirklichung der Ziele und der Professionalisierung des gesamten Diskurses solle zudem ein externes Regio-

nalmanagement beauftragt werden. Die Kooperationsvereinbarungen seien auf Wunsch bei den jeweiligen Ansprechpersonen verfügbar. Die im Haushalt der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen für den Zeitraum 2023 bis 2025 pro Jahr für jedes Forum vorgesehenen Mittel in Höhe von 30.000 Euro könnten durch die beteiligten Hamburger Bezirksämter abgerufen werden. Im „Dialog zur Raumplanung“ in Hamburg und Schleswig-Holstein werde regelmäßig über die Entwicklung der Nachbarschaftsforen berichtet.

Nach Auskunft des schleswig-holsteinischen Regierungsvertreters fördere auch die Regierung Schleswig-Holsteins das Regionalmanagement in diesem Bereich mit rund 69.000 Euro. Es handele sich um ELER-Mittel der Europäischen Union und eine finanzielle Unterstützung im Rahmen von Projektförderung.

Die Hamburger SPD-Abgeordneten fragten sodann nach dem Teilnehmerkreis, der Einsichtsmöglichkeit in die Protokolle der Gremien und den Terminen für die nächsten Regionalkonferenzen, da die Foren ihrer Einschätzung nach eher Verwaltungsgremien seien und die politischen Vertreterinnen und Vertreter nur zu den Regionalkonferenzen eingeladen würden.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter antworteten, dass im Forum „An Bille und Glinder Au“ am 10. November 2023 eine Runde der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister durchgeführt würde, und sagten zu den weiteren Fragen eine Protokollerklärung zu.

Protokollerklärung der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen:

„Es wird um Mitteilung gebeten, wer genau an den Nachbarschaftsforen (welche Gemeinden, welche Personen inkl. Funktionen) teilnimmt, ob die Protokolle einsehbar sind und ob es einen Planungsstand zur Regionalkonferenz 2023 gibt.

Die Nachbarschaftsforen sind informelle grenzübergreifende Netzwerke auf kommunaler Ebene, deren Beteiligung nicht exakt festgelegt ist. Einladungen erhalten i.d.R. die Bürgermeisterinnen bzw. Bürgermeister und Bezirksamtsleitungen. Zudem unterscheiden sich die Arbeitsstrukturen von Nachbarschaftsforum zu Nachbarschaftsforum.

Die folgenden Hamburger Bezirke und Gemeinden im Hamburger Verflechtungsraum sind Mitglieder von Nachbarschaftsforen:

Bezirk Altona, Bezirk Eimsbüttel, Bezirk Bergedorf, Bezirk Harburg, Kreis Pinneberg, Kreis Stormarn, Kreis Herzogtum Lauenburg, Landkreis Harburg, Landkreis Stade, Stadt Wedel, Stadt Pinneberg, Gemeinde Schenefeld, Gemeinde Rellingen, Gemeinde Halstenbek, Gemeinde Ellerbek, Gemeinde Bönningstedt, Gemeinde Hasloh, Stadt Quickborn, Gemeinde Aumühle, Gemeinde Barsbüttel, Gemeinde Börnsen, Stadt Glinde, Gemeinde Oststeinbek, Stadt Reinbek, Gemeinde Wentorf, Gemeinde Wohltorf, Amt Hohe Elbegeest, Gemeinde Seevetal, Stadt Buchholz, Gemeinde Stelle, Gemeinde Rosengarten, Gemeinde Neu Wulmstorf, Stadt Winsen / Luhe, Gemeinde Drage, Gemeinde Marschacht, Gemeinde Tespe.

In der Regel nehmen Bürgermeisterinnen bzw. Bürgermeister oder Bauamtsleitungen an den Sitzungen teil. Sofern Protokolle erstellt werden, sind diese einsehbar, werden aber nicht aktiv veröffentlicht.

Ein Planungsstand zu einer Regionalkonferenz ist nicht bekannt.“

Mit dem Hinweis auf das aktuelle Projekt „Elterntaxi“ des Nachbarschaftsforums im Kreis Pinneberg fragten die schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten nach Möglichkeiten, die Prozesse so zu organisieren, dass den guten Projekten der Nachbarschaftsforen auch Maßnahmen folgten. Darüber hinaus interessierte sie, wie die Themen der Foren definiert würden.

Hierzu sagte der schleswig-holsteinische Regierungsvertreter eine Protokollerklärung zu.

**III. Ausschussempfehlung**

*Der Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein empfiehlt der Bürgerschaft, von diesem Bericht Kenntnis zu nehmen.*

Dennis Gladiator (i.V.), Berichterstattung